

Jahresauftakt-Pressegespräch der IV OÖ:

REPARATURANLEITUNG FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT ÖSTERREICH

Freitag, 19. Jänner 2024, 10.00 Uhr
Haus der Industrie, Linz

Ihre Gesprächspartner:

Dipl.-Ing. Stefan Pierer
Präsident der Industriellenvereinigung OÖ

Dipl.-Ing. Dr. Joachim Haindl-Grutsch
Geschäftsführer der Industriellenvereinigung OÖ



INDUSTRIESTANDORT STATT INDUSTRIE STAND DORT: JETZT MAßNAHMEN GEGEN DEN ABSTIEG SETZEN!

Standort Österreich verliert massiv an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – Industrieland Oberösterreich am stärksten davon betroffen – Verlust an Wettbewerbsfähigkeit hat verstärkt Verlagerungen bei Großbetrieben zur Folge und beschleunigt die Automatisierung – KMUs kämpfen mit dem Rücken zur Wand – IV OÖ nennt Hauptgründe für den Abstieg des Standortes und legt 10 standortpolitische Maßnahmen gegen Deindustrialisierung vor

Das Jahr 2024 wird von Wahlen geprägt, ca. 50 Prozent der Weltbevölkerung wird zu den Urnen schreiten. Für die Industrie sind vor allem die US- und EU-Wahl sowie die Nationalratswahl von zentraler strategischer Bedeutung. Nach einem wirtschaftlich zunehmend schwierigen Jahr 2023, in der sich die Industrie in der Rezession befand, bleibt der Ausblick für 2024 verhalten. „Deutschland und Österreich sind wirtschaftlich Nachzügler, geopolitische Spannungen bleiben überdurchschnittlich hoch und sowohl China als auch die USA haben mit eigenen Problemen zu kämpfen“, betont der Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich (IV OÖ), **DI Stefan Pierer**.

Bis zur kommenden Nationalratswahl, die aus heutiger Sicht im September über die Bühne gehen wird, verbleiben acht Monate, bis zur Angelobung einer neuen Bundesregierung elf bis zwölf Monate. „Ein Jahr des politischen Stillstands kann sich Österreich in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage aber nicht leisten“, so Pierer. Die Industriekonjunktur 2024 bleibt sehr labil, die globale Wirtschaft wird von der Zinspolitik der Notenbanken und von politischen Entwicklungen in wichtigen Kernmärkten wie den USA, China oder Deutschland stark geprägt werden. „Die Konjunktur lässt sich 2024 kaum prognostizieren, die Betriebe müssen auf alle Entwicklungen entsprechend vorbereitet sein“, ist Pierer überzeugt.

Die Situation in den verschiedenen Industriebranchen ist diffus und divers – die Betroffenheit infolge der Entwicklungen der letzten Jahre ist sehr unterschiedlich. Während im Konsumgüter- und Baubereich nach starken Jahren zum Teil enorme Rückgänge zu verzeichnen sind, entwickelt sich beispielsweise die Flugzeugindustrie nach der Corona-Krise wieder positiv. Auch der Ausblick der für Oberösterreich so wichtigen Fahrzeugindustrie ist derzeit stabil und es wird weiter in die Elektromobilität investiert. Im Maschinen- und Anlagenbau ist die Auftragslage je nach Branche sehr heterogen.

In Summe sind die Erwartungen (stark) gedämpft, Wachstum wird 2024 in Betrieben die Ausnahme sein. Der Preisdruck hat stark zugenommen, Investitionen und Projekte verschieben sich nach hinten, der Aufschwung verspätet sich. Die Kostenschere zu anderen Ländern in Europa, wie z. B. Italien, geht bei vergleichbarer Qualität und Produktivität enorm auf, Wertschöpfungsabfluss und Personalabbau werden sich schleichend beschleunigen. Auch die erschreckend großen Probleme in Deutschland wirken sich negativ auf Österreich



aus. „Besonders unter Druck kommen mittelständische Lohnfertiger und Zulieferer, die nicht international ausweichen können“, warnt Pierer. Mit den erwarteten Zinssenkungen wird sich im Laufe des zweiten Halbjahres die Stimmung verbessern: „Auch wenn die Hoffnung besteht, dass sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr aufhellen wird, die strukturellen Probleme des heimischen Standortes werden sich nicht in Luft auflösen.“

Hauptgründe, warum der Industriestandort Österreich an Wettbewerbsfähigkeit verliert: „Zu hohe Kosten, zu wenig Zukunft!“

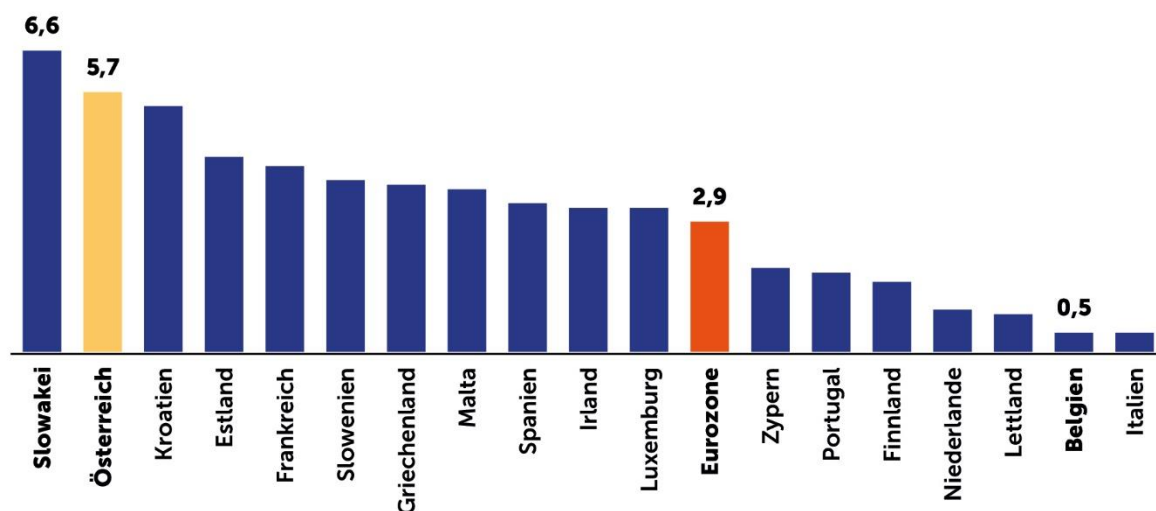
„Die hohe Inflation und die überdurchschnittliche Steigerung der Kosten am Standort Österreich über einen längeren Zeitraum sind die Hauptursache für den Abstieg Österreichs im Wettbewerb der Industriestandorte“, betont der Geschäftsführer der IV OÖ, **Dr. Joachim Haindl-Grutsch**. Für Oberösterreich, welches sich gerade in die Top 20 Industrieregionen in Europa vorgearbeitet hat, sind die Verschlechterungen der Rahmenbedingungen auf Bundesebene besonders schmerzlich. „Oberösterreich ist der industrielle Motor der Republik. Der funktioniert nur, wenn auch die nationalen Rahmenbedingungen attraktiv sind. Es muss rasch gegengesteuert werden.“

Die nachfolgende Analyse zeigt die wesentlichen Ursachen auf, warum der Industriestandort Österreich im internationalen Vergleich deutlich unattraktiver wurde:

1. Höchste Inflation in Westeuropa

Eine überdurchschnittlich hohe Inflation ist für das Exportland Österreich Gift, weil die Kosten für Unternehmen stärker steigen und sie damit aus dem globalen Markt gepreist werden. Österreich hat die höchste Inflation in Westeuropa.

Inflationsraten Dez. 2023 im europäischen Vergleich



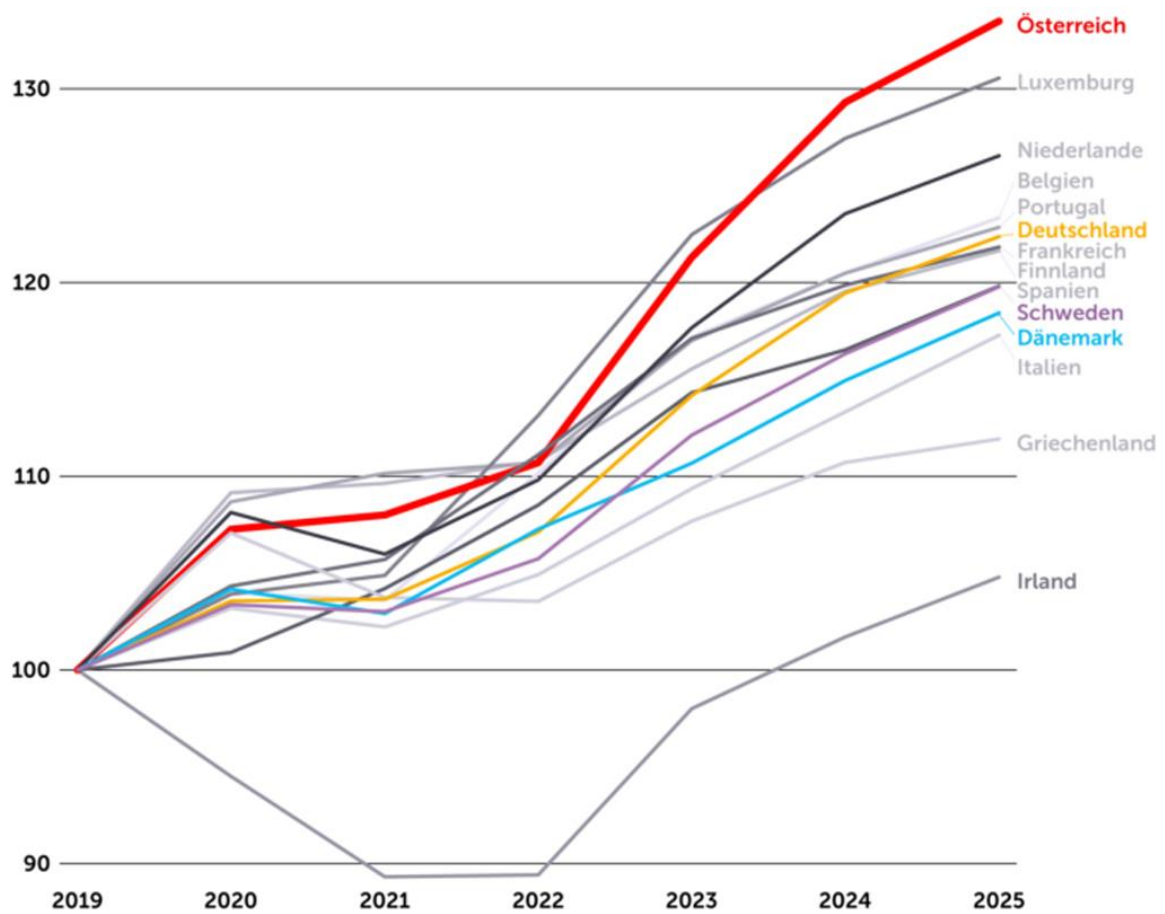
Quelle: Agenda Austria / Eurostat. Anmerkung: Werte Dezember 2023



2. Stark steigende Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten messen die Arbeitskosten je produzierter Einheit. Steigen die Löhne schneller als die Produktivität, dann nimmt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern ab. Hohe Lohnabschlüsse erhöhen wieder die Inflation, die wieder höhere Abschlüsse mit sich bringt – ein Teufelskreis, der die Lohnstückkosten immer weiter erhöht.

Lohnstückkostenentwicklung seit 2019 im Vergleich



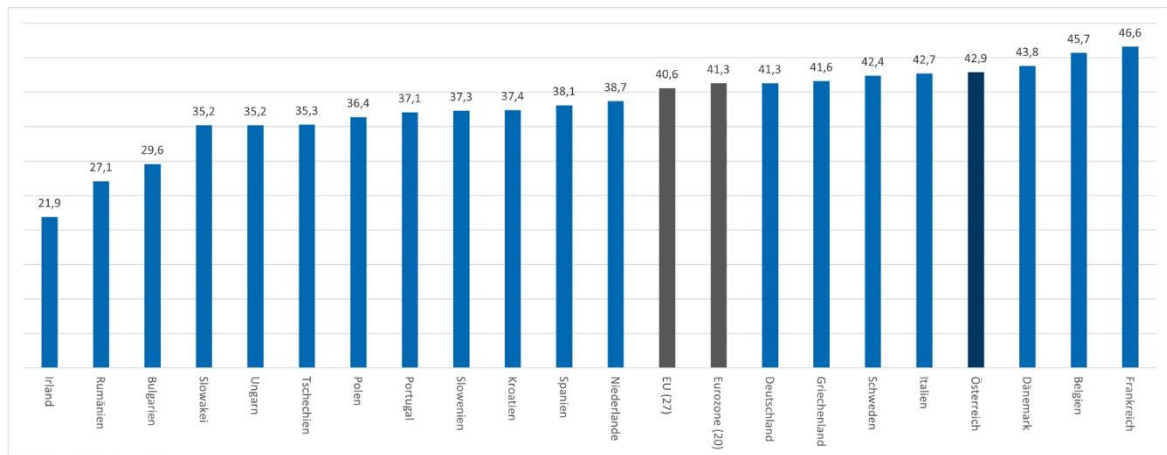
Quelle: Agenda Austria / Europäische Kommission. Anmerkung: Prognose der Europäischen Kommission für 2024



3. Überdurchschnittlich hohe Steuern- und Abgabenquote

Österreich hat eine der höchsten Steuern- und Abgabenquote in Europa und produziert damit in vielen Fällen wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit oder Pensionen Mittelmaß oder kommt mit dem vielen Geld trotzdem nicht aus. Länder wie die Schweiz oder die Niederlande zeigen, dass es möglich ist, staatliche Leistungen wesentlich effizienter und besser zu erbringen. Dänemark und Schweden erbringen mit ähnlicher Quote wesentlich bessere Leistungen bei deutlich niedrigerer Verschuldung.

Steuern- und Abgabenquote Österreichs im europäischen Vergleich

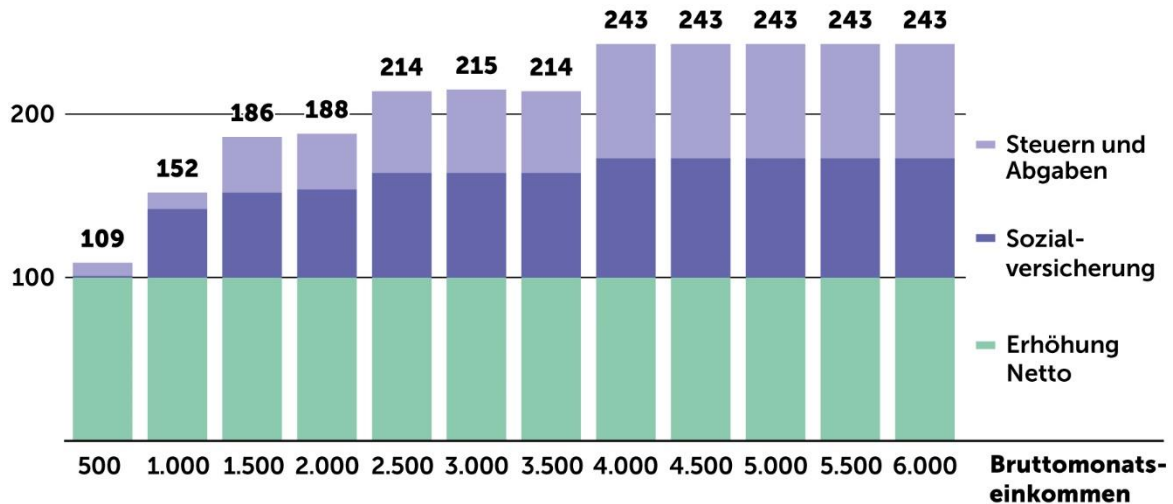


Quelle: Europäische Kommission

Die hohen Lohnnebenkosten in Österreich führen dazu, dass netto bei den Arbeitnehmern zu wenig ankommt und die Kosten für die Betriebe aber enorm hoch sind. Bekommen Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatsgehalt von 3.000 Euro um 100 Euro mehr netto, kostet das den Betrieb in Summe 215 Euro. 100 Euro landen beim Arbeitnehmer, 115 Euro beansprucht der Staat über Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge für sich.



Kosten der Lohnerhöhung in Österreich

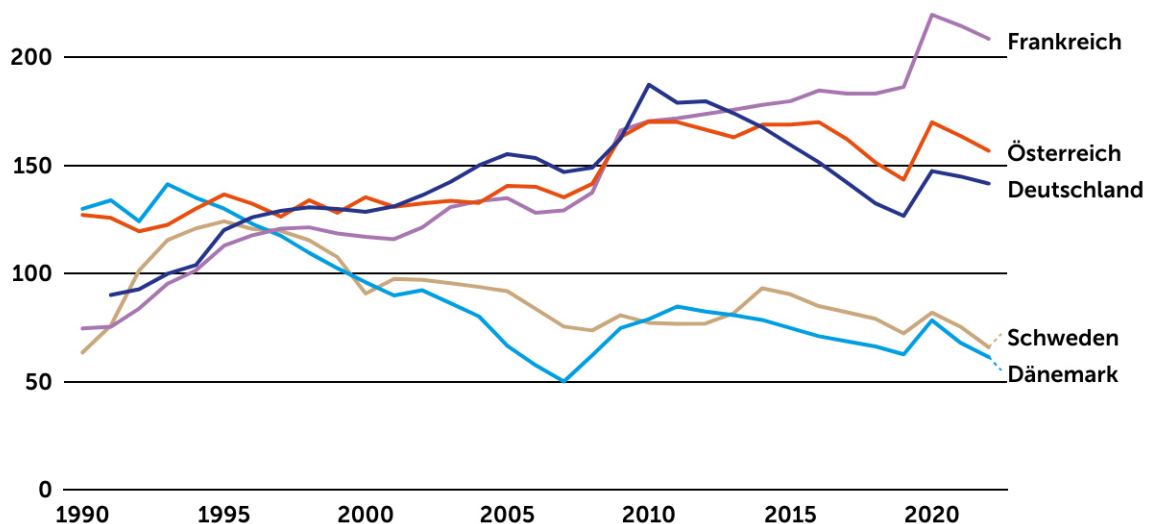


Quelle: Agenda Austria. Anmerkung: Stand 2024

4. Hohe Verschuldung im Vergleich zu den Top-Ländern in Europa

Vergleichbare Länder wie Schweden oder Dänemark haben mit einer ähnlichen hohen Steuerquote eine halb so hohe Schuldenbelastung. Der österreichische Staatshaushalt kennt seit Jahrzehnten mit einem Ausnahmejahr keine Budgetüberschüsse, egal wie hoch das Wirtschaftswachstum ausfällt. Die finanziellen Belastungen durch fehlende Reformen wie eine Pensionsreform werden weiter enorm zunehmen und die Gestaltungskraft der Politik bei Zukunftsfragen des Standortes stark einschränken.

Staatsschulden in Relation zu den Staatseinnahmen in Prozent



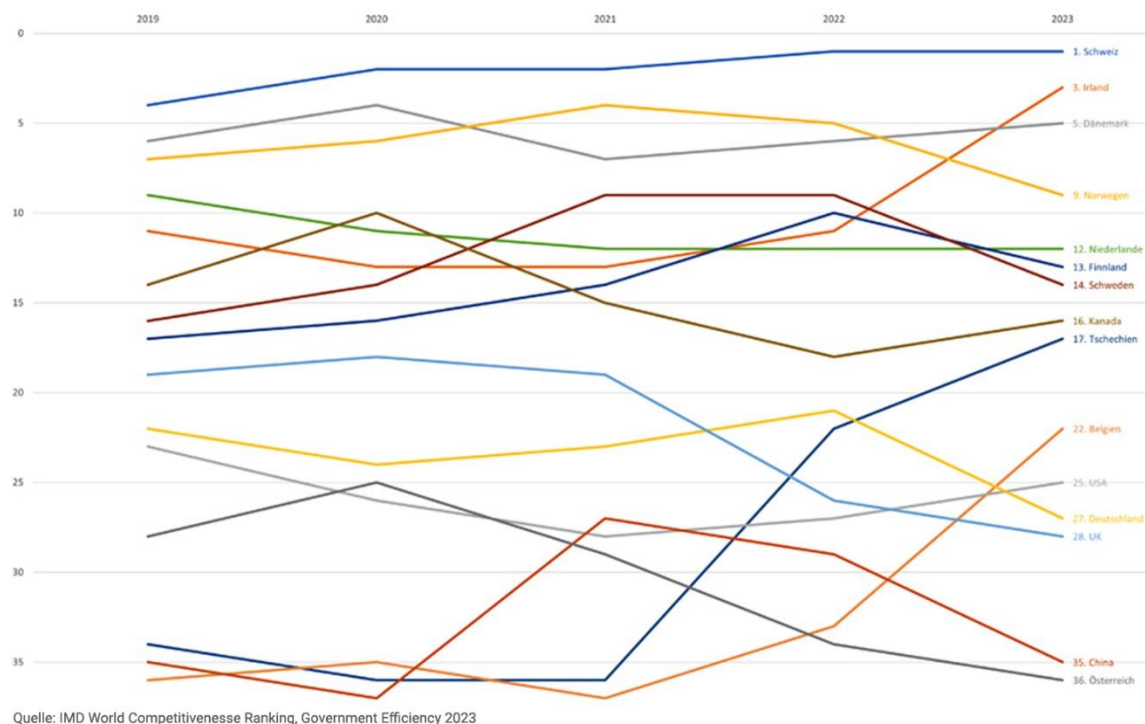
Quelle: Agenda Austria / IWF.



5. Zu viel Bürokratie und zu wenig Digitalisierung im öffentlichen Sektor

Überbordende Bürokratie und Regulierungswahn auf nationaler und europäischer Ebene sind eine Wachstumsbremse und schrecken nationale und internationale Investoren ab. Bei der Effizienz des öffentlichen Sektors liegt Österreich im IMD-Ranking nur auf Platz 36 von 64 Ländern. Im europäischen Vergleich der eGovernment-Performance liegt Österreich auf Platz 14 deutlich hinter den Spitzenreitern im Norden Europas.

Effizienz des öffentlichen Sektors Österreichs im Vergleich

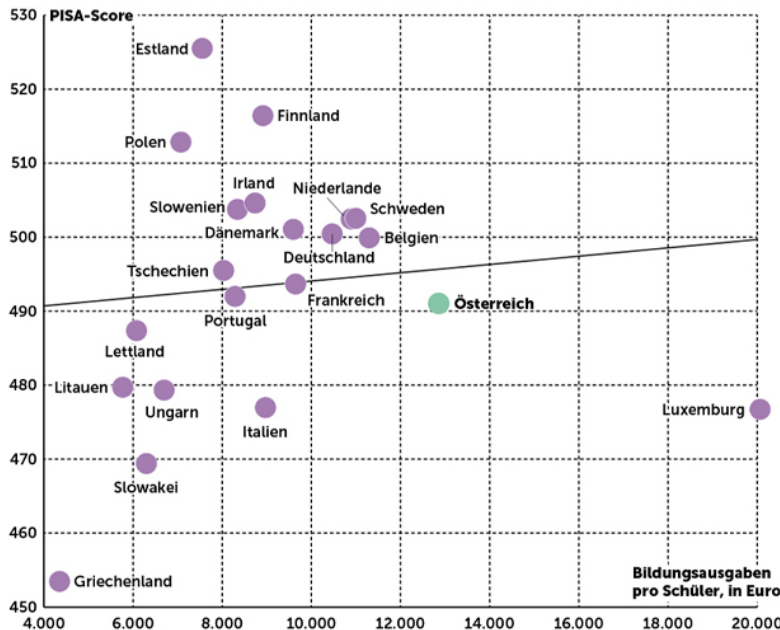


6. Bildungssystem – hohe Kosten, zu schwache Ergebnisse

Traditionell landet Österreich beim PISA-Test nur im Mittelfeld, obwohl die Kosten des Schulsystems überdurchschnittlich hoch sind. Besonders niedrig ist hierzulande z. B. der Anteil der Schulen, in denen die Unterrichtsgestaltung der Lehrer überprüft wird. Schulbücher und Unterrichtsmethoden sind oft nicht mehr zeitgemäß. Nur in Kooperation mit der Wirtschaft (Lehre und berufsbildende höhere Schulen) ist das heimische Bildungssystem zukunftsfähig aufgestellt.



Bildungsausgaben pro Schüler in Euro

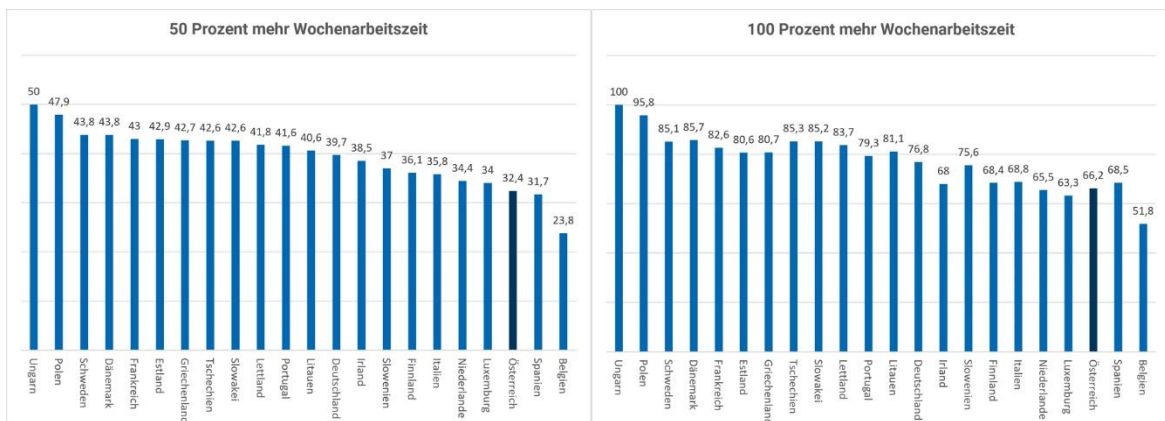


Quelle: Agenda Austria / OECD, PISA, EZB. Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsausgaben) in Euro zu Preisen von 2018 pro Schüler. Der mittlere PISA-Score ergibt sich aus Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Wissenschaft).

7. Leistung lohnt sich nicht, der Sozialstaat ist teuer und bietet enorme Anreize zum Nicht-Arbeiten

Egal ob arbeitslos, geringfügig beschäftigt, in Teilzeitbeschäftigung oder in Regelpension, länger, mehr und Vollzeit zu arbeiten bzw. Überstunden zu machen, lohnt sich aufgrund des Steuer- und Abgabensystems in Österreich nicht. Es liefert Anreize zum Nicht- oder Wenig-Arbeiten anstelle (Mehr-)Leistung entsprechend zu fördern.

Nettoeinkommenszuwachs bei Ausweitung der Teilzeit in Prozent



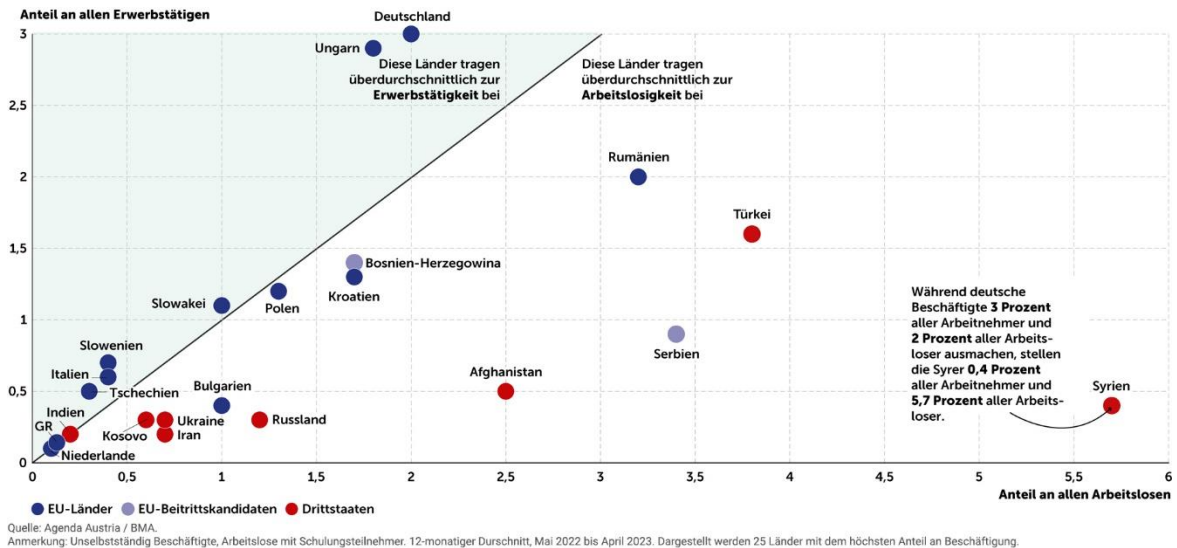
Quelle: Agenda Austria / OECD. Anmerkung: Steuerbelastung für das Jahr 2021. Unter der Annahme eines Stundenverdienstes wie bei einem durchschnittlichen ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single ohne Kind. Für Teilzeitbeschäftigung wird ein Arbeitsausmaß von 50 Prozent einer Vollzeitstelle angenommen.



8. Ungesteuerte Zuwanderung Niedrigqualifizierter

Kam vor 15 Jahren rund jeder zehnte Erwerbstätige aus dem Ausland, ist es heute fast jeder vierte. Der Anteil an Arbeitslosen ist dabei überdurchschnittlich hoch. Gründe dafür sind die oft mangelnden Qualifikationen sowie fehlende Sprachkenntnisse.

Rolle ausländischer Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt

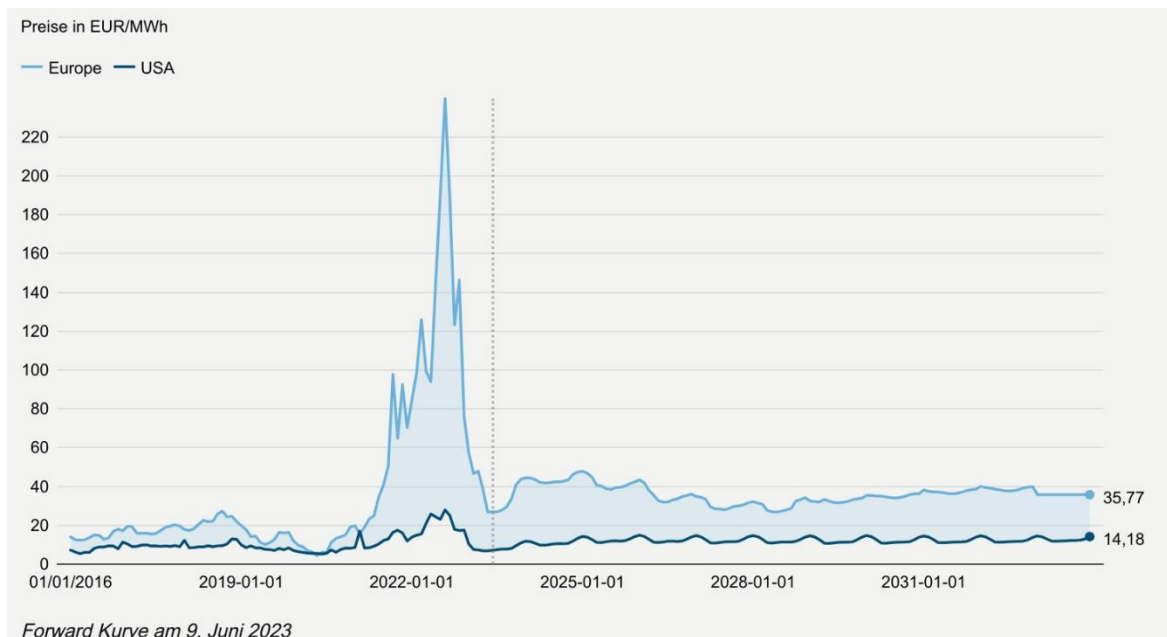


9. Hohe Energiepreise im europäischen und globalen Vergleich

Höhere Preise waren schon lange die Norm: Zwischen 2006 und 2021 waren die Erdgaspreise in Europa um bis zu 100 Prozent höher als in den USA; seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine ging der Spread aber noch weiter auf und es ist kein Ende in Sicht. Aber nicht nur im Vergleich zu Mitbewerbern in den USA oder Asien verliert Österreich an Wettbewerbsfähigkeit, auch innerhalb Europas gehören Österreichs Strompreise trotz des hohen Anteils an erneuerbarer Energie am Strommix zu den höchsten. Wettbewerbsfähige Energiepreise sind die Voraussetzung, wie der massive Abfluss von Arbeitsplätzen in der Industrie in den nächsten Jahren verhindert werden kann.



Energiepreise im Vergleich Europa vs. USA



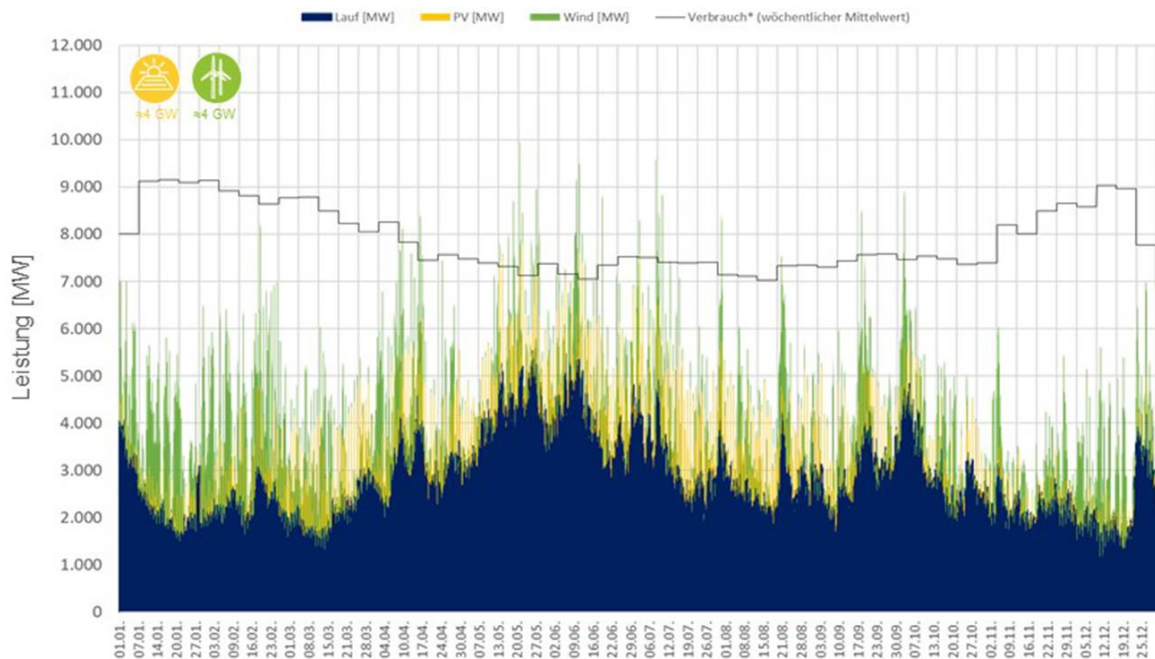
Quelle: ECO Austria / TTF, Henry Hub, Inercomp, World Bank

10. Dogmatische Energie- und Klimapolitik

Die Transformation in ein CO₂-neutrales Energiesystem ist nur dann erfolgreich und bewältigbar, wenn Klimaschutz auch ein volkswirtschaftlicher Erfolg für ein Land ist, der den Wohlstand am Standort erhöht und nicht senkt. Die jahrzehntelange Verbots-, Verzichts- und Verzögerungspolitik Österreichs bei Atomkraft, Wasserkraft, Stromleitungen, Carbon Capture and Storage (CCS) und zuletzt bei Verbrennungsmotoren, und Efuels ist dogmatisch und führt zu höheren Energiepreisen anstelle mit Technologieoffenheit auf alle Innovationen im Energiebereich zu setzen. CO₂-Neutralität gelingt nur global über Investitionen in Technologie und Innovation sowie mit wirtschaftlichen Geschäftsmodellen und Skalierbarkeit aber niemals mit regionalen Autarkieträumereien.



Lastabdeckung Österreich 2022



Verlagerungen und Automatisierung als Antworten auf die schwindende Wettbewerbsfähigkeit

„Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Österreich hat drei unmittelbare Konsequenzen“, warnt IV OÖ-Präsident Pierer:

1. Leitbetriebe verlagern Wertschöpfung und Investitionen ins Ausland

Offshoring ist ein schleichender Prozess, der bis auf wenige Ausnahmen ohne mediale Aufmerksamkeit über die Bühne geht. Der Abfluss industrieller Wertschöpfung ist im Gange und hat mehrere Gründe. Viele Länder in Europa, Amerika und Asien verfolgen mit umfangreichen Fördermaßnahmen eine konsequente industrielle Ansiedlungspolitik (wie aktuell besonders intensiv die USA), zusätzlich wachsen diese Regionen stärker als Österreich und fordern darüber hinaus mehr Local Content – also eine Produktion vor Ort – und nicht zuletzt sind diese bei Energie- und Personalkosten wie auch oftmals bei Genehmigungsprozessen attraktiver. Die oö. Leitbetriebe können global agieren.

2. KMUs stehen mit dem Rücken zur Wand

Großbetriebe können auf andere Standorte weltweit ausweichen, für Klein- und Mittelbetriebe besteht diese Möglichkeit nicht. Sie kommen aufgrund der massiven Kostensteigerungen und des verstärkten Preiswettbewerbes besonders unter Druck mit leider oft besonders negativen Konsequenzen. Das heimische Wertschöpfungsnetzwerk braucht aber beides, – Leitbetriebe und KMUs – um erfolgreich zu sein.



3. Intensivierung von Digitalisierung und Automatisierung zur Kostensenkung im Inland

Der Einsatz der vielfältigen digitalen Technologien in allen Geschäftsbereichen – wie zum Beispiel Robotik, Cloud Computing, IoT, Virtual und Augmented Reality und ganz besonders die künstliche Intelligenz – ermöglicht es den Unternehmen Kostensenkungspotenziale zu realisieren und die Flexibilität zu erhöhen. Die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten digitaler Technologien kommen in den unterschiedlichen betrieblichen Leistungsbereichen – von der Produktentwicklung über die Produktionsprozesse, den Einkauf und die Logistik, die Unternehmensorganisation bis hin zum Marketing und zur Geschäftsmodellentwicklung – zur Anwendung. Dieser Prozess der Automatisierung wird sich weiter beschleunigen.

10 Punkte Reparaturpaket für den Standort „Weniger Steuern und Bürokratie, mehr Leistung und Investitionen!“

Der Industriestandort Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit, wie zuletzt auch der Rückfall im IMD-Ranking verdeutlichte. Die hohe Inflation beschleunigt diesen Prozess stark. Was es jetzt braucht, ist professionelle Standortpolitik. „Der Industriestandort Österreich steht an einer Weggabelung. Damit es nicht zum dauerhaften Abfluss von industrieller Wertschöpfung kommt, muss Politik und Gesellschaft jetzt in die Hände spucken und mit Fleiß und Einsatz die strukturellen Probleme des Landes lösen. Kosten und die Bürokratie müssen reduziert und die Stärken wie die berufliche Qualifikation sowie die Forschung und Entwicklung müssen weiter gestärkt werden. Und vor allem muss Leistung gefördert werden“, betont Pierer.

1. Anreize zum (Mehr-)Arbeiten: „Leistung muss sich lohnen-Paket“

- 1.1. Steuerfreibetrag für Vollzeitarbeit bzw. für die Erhöhung des Stundenausmaßes bei Teilzeitbeschäftigung
- 1.2. Entfall der Beitragspflichten für Arbeitnehmer zur Sozialversicherung in der Regelpension bis zur Höchstbemessungsgrundlage
- 1.3. Staatlich garantierte Pensionsansprüche bei Verschiebung des genehmigten vorzeitigen Pensionsantritts (Reformschutz)
- 1.4. Werkwohnungen für Mitarbeiter bis 75 m² nicht sachbezugspflichtig als Maßnahme gegen die stark steigenden Wohnkosten
- 1.5. Gesellschaftspolitischer Diskurs zur Notwendigkeit von (Mehr-)Leistung und Eigenverantwortung in Österreich

2. Entlastung I: Stufenplan zur Senkung der Steuern- und Abgabenquote von dzt. rund 43 Prozent auf unter 40 Prozent

- 2.1. Neue Steuern wie Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer sowie generelles Unternehmer-Bashing („Fat Cat Day“) sind ein Investorenvertreibungsprogramm und respektloser Unsinn



- 3. Entlastung II: Massive Senkung der Lohnnebenkosten um mehrere Prozentpunkte unter den EU-Durchschnitt**
 - 3.1. Streichung von Wohnbauförderung und FLAF aus den Lohnnebenkosten
 - 3.2. Benchmarking mit europäischen Best Practice-Beispielen bei Sozialversicherungsabgaben
 - 3.3. Beibehaltung der steuerfreien Prämie für Mitarbeiter („Teuerungsprämie“)

- 4. Nachhaltige Finanzpolitik: Schuldenbremse mit dem Ziel von ausgeglichenen Budgets über den Konjunkturzyklus**
 - 4.1. Haushaltsdisziplin am Beispiel der Schweiz, Dänemark oder der Niederlande

- 5. Schlanker Staat: Entbürokratisierungs- und Digitalisierungspaket im öffentlichen Sektor**
 - 5.1. Praxistaugliche Umsetzung des Lieferkettengesetzes
 - 5.2. Schnellere Genehmigungsverfahren und Reduktion der Berichtspflichten
 - 5.3. E-Government-Offensive am Vorbild der nordeuropäischen Staaten, Ausbau der digitalen Behördenverfahren
 - 5.4. Bürokratiebremse One-in-one-out-Regel: 1 neues Gesetz einführen, 1 altes Gesetz abschaffen

- 6. Fachkräfte der Gegenwart: Programme für den qualifizierten Zuzug von Fachkräften**
 - 6.1. Weitere Verbesserungen bei der RWR-Card
 - 6.2. Etablierung von Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern

- 7. Fachkräfte der Zukunft: Duale Ausbildung als absolutes Stärkefeld der heimischen Bildungspolitik ausbauen, MINT-Graduierungen um 20 Prozent steigern**
 - 7.1. Lehrlings-Ausbildungsprämie iHv 15 Prozent der Ausbildungskosten
 - 7.2. HTL- und technische Hochschulausbildung vorantreiben
 - 7.3. Mathematik-Unterricht modernisieren

- 8. Forschung und Innovation: Budgets für technologieoffene direkte und indirekte Forschungsförderung ausbauen**
 - 8.1. Forschungsprämie erhöhen
 - 8.2. Budget für FFG-Basisprogramme ausbauen

- 9. Energieversorgung: Maßnahmen zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, beschleunigter Energieinfrastrukturumbau**
 - 9.1. Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030
 - 9.2. Reduktion der Energieabgaben
 - 9.3. Abbau der Nachteile der Strompreiszonentrennung zu Deutschland



10. Investitionen in die Twin Transition: Attraktivierung von zukunftssträchtigen, wertschöpfungsintensiven Investitionen für die technologieoffene grüne und digitale Transformation

- 10.1. Unterstützung von Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie, Level Playing Field mit den USA
- 10.2. Forcierung von Technologien zur digitalen Transformation

„Das Jahr 2024 ist sowohl global, für Europa und auch für Österreich ein Jahr der Weichenstellungen – wirtschaftlich wie auch politisch. Österreich kann sich ein Jahr politischen Stillstands in der aktuellen Situation des Standortes, das mit teuren Wahlgeschenken noch zusätzlich belastet werden könnte, nicht leisten. Deutschland und Österreich sind Abstiegskandidaten im internationalen Standortwettbewerb. Dagegen muss rasch mit einem Reparaturpaket gegengesteuert werden. Es geht jetzt um das Eingemachte“, betont IV OÖ-Präsident Stefan Pierer abschließend.

Linz, 19. Jänner 2024

Pressekontakt:

Industriellenvereinigung Oberösterreich / Tel. (0732) 78 19 76-0
Dipl.-Ing. Dr. Joachim Haindl-Grutsch / joachim.haindl-grutsch@iv.at

